

tagē
 zu
 rüst
 la:
 len.
 tild
 erb-
 oouf
 —
 f.
 tagē
 theib
 pfab

3,
tm,
e-I.

G

**Kaufhaus von Interessenten,
S. A., Stute in Ransba
Rau'sche Briggmann in Dir
und
zu so Buchstaben in Dile.**

Unternehmensjahr 15 Uig.
u/a keine Brille aber hohen Ansehen

II.

Rebellion, Dred and Series up to 3. 1855 taken by 1855.

Höhr, Dienstag, den 3. April 1917.

41. Phycomorphs

3,

tm.
eI.

2

10

38

...

1

Auch um die Ostergabe für unsere wackeren Helden im Felde sind wir nicht verlegen. In die Hand eines jeden einzelnen von uns ist es gegeben, diese Ostergabe zu einer Erhaltung für unser ganzes Volk zu gestalten. Wer wollte dabei unthätig zurückstehen? Die 6. Kriegsanleihe ist die Ostergabe, die wir unseren Kriegern, die wir unserem ganzen Volke überreichen wollen. Jede halbe Mark, die wir erübrigen können, sei dieser Ostergabe zugeführt. Dann können wir auch gewiß sein, daß wir das letzte Kriegsoffizier gefeiert haben! . . .

West-östliche Schatten.

Engländer und Franzosen, deren jüngster Siegesjubel nach der Erkenntnis rasch verhallt ist, daß sie die kampflose Besetzung des schmalen, glatt verlaufenden Gebietsstreifens zwischen Vopau und der Oise nicht der erhofften Entscheidung näher gebracht, sondern sie in den gefährlichsten Bewegungsfeldern unter für sie ungünstigen Bedingungen gezogen hat, hoffen und harren auf Amerika und auf Rußland. Wenn die von englischen Interessenten beeinflussten Neuporker und Washingtoner Meldungen zutreffen, kann kaum noch ein Zweifel daran sein, daß Präsident Wilson den vorzeitig und bereits zum 2. April einberufenen Kongreß um die Ermächtigung zur Kriegserklärung an Deutschland ersuchen wird. Schon vor dem Kriege hat der demokratische Präsident Wilson englische Politik getrieben wie sein republikanischer Vorgänger Roosevelt, während Präsident Taft noch die seit den Unabhängigkeitskriegen maßgebende Politik verfolgte und dem ränkeltigen Krämervolk manchen Strich durch die Rechnung machte. Wilson hat seinen englischen Freunden während des Krieges so eifrig gedient und geholfen, daß er seine Dienste kaum noch steigern kann. An die Möglichkeit der Entsendung eines starken amerikanischen Landheeres kann er nach den trübten Erfahrungen mit Mexiko doch selbst nicht glauben. Aber auch von einer Hilfsaktion der amerikanischen Kriegsflotte erwarten Londoner Sachverständige mehr Schaden als Förderung. Selbst wenn die amerikanische Flotte sich einen Stützpunkt in Europa schäfe, sagt einer von ihnen, so würde dies keineswegs einen Zuwachs an Stärke, sondern eher an Schwäche sein, da sie soviel an Lebensmitteln, Munition usw. brauchen würde, daß die allgemeine Schiffsraumnot nur vergrößert werden würde. Große Kriegsschiffe hätten die Engländer ja außerdem genug, die nutzen ihnen nicht; gebrauchen würden sie allein die kleinen Küstenfahrzeuge wie Torpedos und U-Boote usw. Diese könne Amerika bei seiner lang ausgebreiteten Küste aber nicht entbehren. Auch der Umstand dürfte nicht vergessen werden, daß die Begriffe von Manneszucht bei den Vereinigten Staaten nicht die gleichen sind wie in England und vor allem nicht wie in Deutschland.

Die große Dampfwalze

sollte im Osten wieder angeheißt und in Gang gebracht werden, um endlich das Werk vollenden zu helfen, das Engländer und Franzosen aus eigener Kraft nicht zustande bringen können. Aber auch aus dem Osten fällt mehr Schatten als Licht auf die harrenden Seelen Englands und Frankreichs. Wohl hat im Namen der provisorischen Regierung Kriegsminister Gutschow die beiden Westmächte der unüberbrücklichen Kluft Rußlands versichert; aber welchen Wert haben die Versicherungen einer Regierung, die heute noch blüht und morgen schon vom Sturm verweht sein kann. Die von den Arbeiter- und Soldatenausschüssen geleitete Bewegung, die sich gegen den Krieg richtet, kann aber Nacht der provisorischen Regierung über den Kopf wachsen. Außerdem ist noch die sehr einflussreiche und ausgebreitete Großfürstenpartei vorhanden, die wahrscheinlich erst dann hervortreten und siegen wird, wenn die beiden anderen Richtungen auf Leben und Tod gegeneinander geraten sind. Die Fortschrittler haben der anarcho-sozialistischen Bewegung schon ganz ungeheure Zugeständnisse machen müssen, ihr die Dynastie und alle dem Hause Romanow angehörenden Großfürsten opfern und sich zur republikanischen Staatsverfassung bekennen müssen. Krampfhaft sind sie bemüht, nun wenigstens den entscheidenden Einfluß auf die Truppen an der Front zu erringen und aufrecht zu erhalten. Nach französischem Muster soll ein Kriegsausschuss, bestehend aus dem Kriegs-, Marine-, und Finanzminister und dem Minister des Auswärtigen sowie Vertretern des Verkehrs- und Landwirtschaftsministeriums, die Leitung und die höchste Entscheidung über alle Streitfragen haben, abgesehen von rein strategischen Anordnungen, die dem Oberbefehlshaber unbeschränkt zustehen, um so die von dem Kriegsausschuss aufgestellten Kriegsziele nach seinem Ermessen zu erreichen. Die Folge der eifrigen Agitation der Arbeiterpartei unter den weit mehr nach Frieden als nach Freiheit verlangenden Truppen schlägt alle Entwürfe und Programme umarmherzig nieder. An Stelle freudiger Hoffnung ist in England und Frankreich bereits eine tiefgehende Verstimmung und die erste Sorge getreten, das ganze russische Unternehmen könnte verfaulen und schief gehen. Da die Disziplin sich unter den Soldaten immer mehr löst,

da jeder befehlen, niemand gehorchen will, da die Offiziere, bis hinauf zu den höchsten Generalen, sich durch die Umstände gezwungen sehen, mit dem im Brantwein schwimmenden Mannschaften sich auf du und du zu stellen, so sind die trübten Ahnungen der Engländer und Franzosen durchaus berechtigt.

Rundschau.

Die Krise in der konservativen Fraktion des Preussischen Herrenhauses wird dahin richtig gestellt, daß wegen des U-Boot-Antrages des Grafen v. Helldorf die Fraktionsführer Graf Behr, Graf Seydlitz-Sandreckt und v. Buch ihr Vorstandsamt niedergelegt, so daß zurzeit allerdings Herzog Ernst Günther die Geschäfte der Fraktionsvorstandes führt. Graf v. Helldorf ist gar nicht im Vorstande der Fraktion; weder er noch seine Rede in Sachen der U-Bootvorlage haben mit dem Amtswortwechsel in der genannten Fraktion etwas zu tun.

Großadmiral v. Köster über den U-Bootkrieg.

Über den U-Bootkrieg erklärte Großadmiral v. Köster nach einem kurzen Hinweis auf den bedeutenden Einfluß selbst des beschränkten Tauchboot-Krieges auf die Kriegsführung im Osten und im Süden, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg, neben äußerster Energie, Zeit erfordert, und daß nicht jedes Schiff, welches in das Sperrgebiet eintritt, auch versenkt werden kann. Auch bei der Treibjagd wird nicht jede Kreatur, die vorkommt, zur Strecke gebracht, selbst wenn an der Trefflichkeit der Schützen Zweifel nicht zu erheben sind. Der englische Marinehistoriker Archibald Hurd führte aus: Die im Laufe des Krieges gegebenen Zahlen über Außenhandelsstatistik sind leider illusorisch, da sie sich nicht auf die Mengen, sondern auf die Preise gründen. Die Ausfuhr nach England hat sich seit dem Jahr 1913 um 29 Millionen Tonnen vermindert. Sie betrug damals 62 Millionen Tonnen, d. h. also ungefähr das Doppelte der heutigen. Was nun die Einfuhr betrifft, so haben wir zu unterscheiden diejenige durch neutrale und durch englische Schiffe. Die Einfuhr durch letztere ist zurückgegangen von 15 Millionen um 8 Millionen Tonnen, also um ein Drittel und durch letztere von 44 Millionen auf 27 Millionen, also auch um ein Drittel.

Wenn wir nun berücksichtigen, so bemerkt dazu der Großadmiral, daß durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg die neutrale Schifffahrt noch weiter um die Hälfte zurückgeht — ich glaube nicht, daß das zu hoch gegriffen ist — und daß wir monatlich 600 000 Tonnen versenken, so würde dies bei 6 Monaten U-Bootkrieg, wenn ich den Januar noch mit 400 000 Tonnen bezuschne, rund 4 Millionen Tonnen Schiffverluste ergeben. England würde dann nur zwei Fünftel der Einfuhr gegen 1913 erhalten. Wir dürfen aber nicht unberücksichtigt lassen, daß die Bedürfnisse des Landes sich während des Krieges wesentlich gesteigert haben, für das gewaltige Heer, welches England aufgestellt hat, namentlich an Lebensmitteln und Munition. Andererseits dürfen wir aber nicht außer acht lassen, daß England während der nächsten sechs Monate sich neuen Schiffraum schaffen wird, doch wird man dafür kaum mehr als eine halbe Million Tonnen im Anfang bringen können. Viel würde das an der vorher angegebenen Zahl aber nicht ändern, wenn man berücksichtigt, daß die Versenkungen reichlicher ausfallen werden, als angenommen war, wie dies aus dem Ergebnis für Februar hervorgeht. Auch muß das Getreide, welches früher aus Amerika kam, infolge der dortigen Missernte jetzt aus Australien herbeigeschafft werden und beansprucht infolge der bedeutend längeren Reise ein wesentliches Mehr an Schiffraum. Ob England unter diesen Umständen noch lange wird durchhalten können, vermag ich nicht zu beurteilen, aber es scheint mir doch recht zweifelhaft zu sein.

Von den U-Boot-Matrosen spricht der Großadmiral mit besonderer Liebe. Wenn ich, so sagt er, in Kiel nach meiner Arbeitsstelle gehe, oder von ihr zurückkomme, dann pflege ich einer großen Zahl von U-Boot-Matrosen zu begegnen, alles weiterprobierte, frisch und munter aussehende Männer, die seit dem 1. Februar noch mit stolzerem Blick in die Welt schauen. Am liebsten möchte ich jedem einzelnen die Hand drücken, um ihm zu sagen, welches Vertrauen wir in sie setzen und wie wir davon überzeugt sind, daß sie bei der Vorgesetzten der Ausbildung und der Umsicht und Rüh-

ren ihres Handelns trotz der unagbaren Anstrengungen, denen sie namentlich in diesem harten Winter unterworfen gewesen sind, in der Lage sein werden, England, unser verhassesten und grimmigsten Feind, den Stolz ins Meer zu versenken, an dem es verbluten soll.

Die bayerische Kanalvorlage angenommen. Das Plenum des bayerischen Reichsrates nahm die Kanalvorlage einstimmig an. Damit ist der Plan in den beiden bayerischen Kammern genehmigt, und seiner Ausführung steht nichts mehr im Wege. Zunächst handelt es sich darum, daß für den Riepenplan, in Höhe von 880 Millionen Mark, die Entwürfe hergestellt werden, für die 5 Millionen Mark ausgemessen wurden. Nachdem der Reichstag 2 Millionen Mark von Reichswegen für diese Entwürfe übernommen und auch der bayerische Landtag die erste Rate von 1 005 000 Mark in beiden Kammern genehmigt hat, ist zu erwarten, daß die Ausarbeitung der Pläne alsbald in Angriff genommen wird.

Der Graf im Bart. Die Mitteilung, daß der Staatsminister Graf von Posadowsky-Wehner, der im August 1914 das Vizekanzleramt in Elbing übernommen hatte, um die Stelleninhaber den Eintritt in den Seeresdienst zu ermöglichen, gebeten hat, ihn zum 1. April von der Verwaltung des Vizekanzleramts zu entbinden, wird amtlich bestätigt. Der Kaiser hat dem verdienten Staatsmann, der in vorbildlicher Pflückerfülle ohne auch nur einen Tag Erlaubnisurlaub zu nehmen, das von ihm freiwillig übernommene Amt musterhaft geführt hat, in einem Handschreiben seinen Dank ausgesprochen und ihm dabei das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen.

Mit Preußens Zukunftspolitik und der neuen Rede des Reichskanzlers und preussischen Ministerpräsidenten darüber, beschäftigt sich ein eingehender Artikel der „Rhein. Ztg.“, in dem es u. a. heißt: Die Rede des Kanzlers allgemein verstanden worden; sie ist, wenn auch erst großen Jagen unrischen, das Programm der Zukunftspolitik Preußens, das das Abgeordnetenhaus bis in die Reihen der äußersten Linken hinein und bis zu den Tribünen hin mit Begeisterung und Handklopfen aufnahm, während die Rechte mit verschränkten Armen dastand. Mit diesem Programm, dem jeder liberale Mann zustimmen muß und kann hat Herr v. Bethmann das Licht zwischen sich und die Rechte, zu der er sich einst bekannt hat und aus der hervorgegangen ist, bewußt durchschnitten und hat sich, dem er seine im Reichstag ausgegebene Parole: „Bahn in dem Lichte!“ fortsetzt, zu Grundrissen bekannt, die mit denen des Liberalismus, insbesondere der Nationalliberalen Partei, in so entscheidenden Punkten decken, daß ein nicht wieder gut zu machender Fehler sein würde, wenn nicht gerade diese Partei alles daransetzte, um den Kampf bei der Durchführung seines Programms zu unterstützen. Die Rundgebung des Nationalliberalen Reichsvereins in Dresden, die eine solche Unterstützung bekräftigte, ist das erste erfreuliche Vorgang in diesem Sinne. Auch der Reichstag, den das Kanzlerprogramm im Bande und in der Begründung hat, deutet da auf hin und läßt erhoffen, daß der folgerichtigen Durchführung dieses Programms und parlamentarischen Verhältnisse gesunden, daß unbeschadet der einzelnen Parteieigenheiten endlich eine Scheidung zweier große Gruppen der Rechten und der Linken erfolgt und es dadurch ermöglicht wird, der Regierungspolitik die Gemeinwohl förderliche Stetigkeit zu geben. Dieser Erfolg wäre freilich nur dann zu erwarten, wenn sich die Sozialdemokratie in Befriedigung ihrer Kriegspolitiken entschlossen auf den Boden unserer monarchischen Einrichtungen stellte und sich jener Gruppenbildung anschloß. Das scheint, wenn wir sie recht verstehen, auch die Meinung des Kanzlers zu sein, und offenbar folgt auch Abg. Bacher ähnlichen Gedankengängen, wenn er im „Tag“ sagt: „Wird ein unvergängliches Verbleib des jüngsten deutschen Reichskanzlers sein, daß er verstanden hat, es der großen Mehrheit der Sozialdemokratie zu erleichtern, in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes, wo dieses alle seine Sorgen braucht, Schulter an Schulter mit den bürgerlichen Parteien zu stehen und ihre ausgezeichnete Organisation den Gesamterfahrungen des deutschen Reiches dienstbar zu machen.“

Preußen und die russische Revolution. Wie wird es der Sozialdemokratie nicht verbleiben dürfen, schreibt die „Rhein. Ztg.“, wenn sie aus der russischen Revolution für ihre Zwecke Reichen und Wunder erhofft, mit

Aus der Kriegszeit.

Blut und Eisen, Tinte und Geld.

Am 1. April ist Bismarcks Geburtstag (geboren 1815). Wir denken an dasjenige von seinen Worten, das am bekanntesten ist nach dem wichtigsten Ausruf: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt.“ und das da lautet: „Nicht durch Wenden und Parlamentsbeschlüsse werden die großen Fragen der Welt gelöst, sondern durch Blut und Eisen.“ Diese Charakterisierung seiner Politik ist vielfach nicht verstanden, als der Kanzler sie aussprach, oft bespöttelt worden, und doch gilt sie heute noch. Bismarcks markigem Ausruf steht eine Ausrufung des gekrönten Diplomaten von der Rheinseite gegenüber, die König Eduard zur Erklärung der Prolog seiner Einreisepolitik im intimen Kreise in Paris tat. Er sagte: „Durch Tinte und Geld beeinflussen wir die Völker und die Politik ihrer Regierungen.“ Beide Ausrufe sind Kennzeichen für die beiden Nationen. Recht hat König Eduard insofern, als man mit Tinte und Geld Völker zwingen kann, aber man wird sie ebenso nicht lange halten. Blut und Eisen mögen trennen, aber sie fitten auch fest aneinander, und jedenfalls wird mit Worten nicht entschieden. Die Politik durch Blut und Eisen besteht heute noch in ihrem Recht, die Völkergewinnung durch Tinte und Geld hat, genau genommen, jetzt schon Schiffbruch gelitten, denn ihr fehlen die stichhaltigen Erfolge.

Bismarcks Zeit war die Ära der kalten Wasserstrahlen nach London, die auch ihre Wirkung ausübten. Albin stand damals in seiner „splendid isolation“ Frankreich und Rußland gegenüber, bis König Eduard mit Tinte und Geld die internationale Presse und die Völker zu bearbeiten anfangen, und es ihm gelang, Frankreichs Chauvinismus und Rußlands Landergerier als Vorwand für seine Pläne zu beseitigen. Wenn Bismarck zu Eduards Zeiten noch Kanzler gewesen wäre, hätte das Deutsche Reich eine andere Politik einschlagen können, als es der Fall gewesen ist? Nein! Der Beweis dafür liegt in dem glänzenden Durchführen des Weltkrieges. Auch der genialste Staatsmann kann der Machtmittel nicht entbehren, die ihm das Volk in Waffen

zu Wasser und zu Lande zur Verfügung stellt, und die die Entscheidung herbeigeführt haben.

Vor zwei Jahren wurde der 100. Geburtstag Bismarcks der Kriegszeit entsprechend begangen. Die offizielle Gedächtnisfeier schied für eine absehbare Zukunft aus, aber wir werden immer gern des ersten April gedenken und das deutsche Volk nördlich und südlich des Rheins, das gerade in den Jahren des Weltkrieges immer tiefer in des Kanzlers Wesen eingedrungen ist, wird von dem Geburtstagskinde des vielgenannten Tages mit bezeichnendem Nachhall sagen, daß gerade Bismarck der Deutsche war, der sich nicht hat in den April schiden lassen. Und wir alle tun es auch nicht. Die Zeit verfliehet. Bismarcks Einzel und Träger des Fürstentums schreitet heute schon im Waffenschutze der Panzerreiter in Potsdam einher. Aber das Andenken an die großen Männer bleibt, an die Tatkraft und Blut und Eisen, gegen die alle Tinte und alles Geld aus Vondon nicht aufkommen.

Rußlands Garde, Linie und Marine.

Wir brauchen nicht zu erörtern, was sich aus dem russischen Wirtswort entwickeln wird, denn es wird immer nur der Anfang von etwas anderem, aber nicht die Vollendung sein. Ganz sicher aber ist, daß das Instrument, welches am russischen Staatskörper sich heiligt, der Soldat sein wird. Und der Soldat, mit ihm die breite Masse, wird es sein, weil diese die geschlossenste Kraft darstellt, freilich nur eine Klinge, zu der sich aber die Hand finden wird. Und wer das russische Heer nur einigermaßen kennt, der wird an seine dauernde russische Republik glauben, für die der Soldat kein Verständnis hat. Der Russe überhaupt nicht.

Die russische Garde ist die Krone des Heeres, freilich keine einwandfrei funktionierende. In ihr steht noch manche Erinnerung an den unabhängigen Geist der Streikenden, der alten zarischen Leibgarde in Moskau, die Peter der Große auflöste. Widerstandsfähigkeit ganzer Garderegimenter sind auch in der neuesten Zeit nicht ungewöhnliches gewesen, und von ihren Offizieren und deren ausschweifenden Lebenswandel hat man sehr wenig schöne Dinge gehört. Die jungen Großfürsten,

die in der Garde dienten, haben ihren Kameraden immer ein lobenswerthes Beispiel gegeben. Mit dem Diebstahl es dagegen häufig so wenig streng genommen, daß der scharfe Obedienz ergingen, besonders für die Kavallerie. In der russischen Gardekavallerie hatte schon im Kriegsbeginn in Ostpreußen juchend gelitten, wenn auch die Angabe, es sei mehrere Großfürsten gefallen, kaum gestimmt hat. Die Garderegimenter sind während des Kriegesverlaufs immer wieder aufgelöst, durchsetzen konnte sie sich nicht. Jedenfalls ist die russische Kaisergarde kein Instrument für eine russische Republik.

Und ebenso wenig die Linie, der eine Republik Stiefeln verwehren wollte. Denn dann müßten die Regimenter hungern. Die Provinzialregimenter sind arg verarmt, und in Rußland anständige Deutsche haben ihren Besuchen in der Heimat oft genug erzählt, es nichts seltenes, Offiziere in russischen Provinzialstädten trunken im Ritzeln liegen zu sehen. Die geplante russische Republik wird von solchen Elementen nicht gestiftet, dann erst recht entarten müssen. Wie in der Militärdiktatur der Provinzialregimenter gehandelt wurde, ist zu bekannt, als daß ein Wort darüber verloren zu werden braucht. Die Brutalität und rohe Stumpfheit der Moskowiter ist sich in Ostpreußen genügend bewiesen.

Der radikalste Geist des russischen Heeres herrscht der Marine. Mehrheit fanden Aufstände, aber mit sozialistischem, als republikanischen Ansprüchen statt, die heftigen Rämpeln, namentlich in Odessa, führten. Aber gewöhnlichen Matrosen beteiligten sich mehr auf Grund persönlichen Mogens über schlechte Behandlung, Mangel an Aufstand, als aus politischen Gründen. Der Kampf mit Japan schüttelte die Marine noch schlechter als die Armee ab. Im ganzen ist das Heer zu Lande und Wasser mehr ein Instrument gegen die Republik, als die Linie. Es kommt nur auf die Hand an. Daß die Garde, Adel, Generale, Beamtenschaft nichts von der Republik halten, weiß jeder Russe, wenn er es auch nicht sagt, und die Arbeiter allein meistern die Staatsform nicht.

wird sie sich hüten müssen, diese Hoffnungen zu hoch zu spannen und die gänzliche Verschiedenartigkeit der Verhältnisse haben und drücken zu verstehen. Freilich müssen auch die Lobredner eines Unpreussentums der Vergangenheit, das ihnen auch für die Gegenwart als einzig beglückendes Ideal erscheint, davor gewarnt werden, den psychologisch-politischen Einfluß zu unterschätzen, den solche unwahrscheinlichen Ereignisse auf die Nachbarn ausüben. Aber immerhin, wenn des Reichs Haus brennt, giebt der kluge Mann Wasser auf sein Dach, und jedenfalls hat der verantwortliche Staatsmann, unbefürchtet um Lob und Tadel, Haß und Günst der ihm umstehenden Parteien, die Pflicht, mit historischen Blick vorausschauend Wirklichkeiten und auch Möglichkeiten abzuwägen und zu erfassen, auf daß das ihm anvertraute Gut nicht Schaden leide. Wir wissen nicht, ob der Reichstags-Mitglied voranschauend Wirklichkeiten und auch Möglichkeiten auf politische Stimmungen bei uns, wie sie Herr Scheibemann mit deutlicher Absichtlichkeit an die Wand malt, schon ins Auge gefaßt hat. In seiner großen Rede vom 14. März, in der er andeutete, wie er sich Preußen im neuen Deutschland denkt, hat er daran nicht erinnert und hatte dazu damals auch noch keinen Anlaß, weil die Rückschlüsse über die Ereignisse in Rußland noch nicht vorlagen. Wenn er jedoch inzwischen zu der Erkenntnis gelangt sein sollte, daß es nicht rätlich sei, die Forderungen, die er unter Berufung auf die Entwicklung in Rußland aus den Lehren des Krieges als notwendig und notwendig für die preussische Politik gezogen, bis zum Frieden aufzuschieben, sondern daß man ihnen schon jetzt festere Gestalt geben müsse, so würden wir trotz unserer ersten Bedenken gegen diese Forderungen nicht zu denen gehören, die ihn deshalb tadeln könnten.

Der Unterseebootskrieg und die Abholzung der französischen Wälder. Der englische Premierminister Lloyd George hatte angekündigt, daß angesichts der erschwerenden Holznot und der Notwendigkeit, Frachtraumersparnisse zu erzielen, der für das Meer in Frage kommende Holzbedarf durch stärkere Abholzung der französischen Wälder gedeckt werden würde. Über diese Erklärung ereignete sich in letzter Weise ein Pariser Blatt. Zwei Wälder sind bereits gepflanzt worden, so schreibt es, und weitere sollen folgen. Gibt sich die Regierung aber keine Rechenschaft darüber, wie ernst diese Zugeständnisse vom nationalen Standpunkt aus sind? Die Vernichtung eines Waldes stellt ein Übel dar, das zur Beseitigung einer langen Reihe von Jahren beansprucht. Die klimatischen Verhältnisse einer ganzen Gegend können lange darunter zu leiden haben. Die Ruinen häufen sich auf unserem Boden. Es ist zum mindesten gefährlich, die noch mehr auszudehnen. Wir hoffen also, daß es bei der dritten, von dem englischen Minister in Aussicht genommenen Methode bleiben wird, das heißt bei der vermehrten Abholzung in England selbst. Es werden einige Schwierigkeiten wegen des verstärkten Transportes entstehen, aber die Zukunft der französischen Forstwirtschaft wird wenigstens nicht auf mehrere Generationen hinaus in Frage gestellt.

Es ergibt sich aus dieser Darstellung, wie schwer man in Frankreich die nationale Gefahr empfindet, welche der Unterseebootskrieg in seinen mittelbaren Wirkungen auf die französische Forstwirtschaft ausübt. Bekanntlich sind die Engländer, wie sie selbst häufig zugegeben haben, in der sachgemäßen forstwirtschaftlichen Behandlung der Wälder stark zurückgeblieben. Hierdurch wird die Schädigung Frankreichs und das Opfer, welches das Land den Engländern bringen muß, noch wesentlich vergrößert. Aber was kümmert das die Engländer?

Rußland.

Die Spannung der Lage. Die Petersburger Meldungen der Antennepresse lassen übereinstimmend erkennen, daß die Lage in Petersburg außerordentlich gespannt ist. In amtlichen russischen Telegrammen heißt es, daß der Ausschuß der Arbeiterdelegierten, der in bezug auf Macht und Einfluß sich mit dem Vollziehungsausschuß der Reichs-Duma und der Provisorischen Regierung gleichgestellt habe, durch seine weitgehenden Forderungen die Lage außerordentlich erschwere und die Sache der Revolution in hohem Maße gefährde. Diese Behauptung wird weiter durch die tiefen Gegensätze bekräftigt, die sich allmählich zwischen den führenden Persönlichkeiten in Petersburg und Moskau herausgebildet haben. Während in Petersburg noch immer die englisch gesinnten Elemente, die für die Fortsetzung des Krieges eintreten, am Ruder sind, haben in Moskau die Anhänger der äußersten Linken und die Friedensfreunde die Oberhand gewonnen. Der Sozial-revolutionäre Ausschuß in Moskau, der in schärfster Opposition gegen die Regierung steht, tritt nun auch lautkräftig dafür ein, daß nicht mehr Petersburg, sondern Moskau die Hauptstadt des neuen Reiches sein und die Nationalversammlung nach Moskau verberufen werden solle.

Die sozialistische Agitation an der Front. Große Bedeutung ist einer Konferenz beizumessen, die der jetzige Oberbefehlshaber des Petersburger Militärbezirks und oberster Vorgesetzter General Kornilow mit den Vertretern des Arbeiter- und Soldatenverbandes abgehalten hat. Es handelte sich um die Abweisung von Verbandsdelegierten in die einzelnen Truppenteile der nördlichen Front. Der genannte Verband hatte gefordert, daß General Ruzski der Konferenz beizumessen. Über dieser hat sich, aus Gesundheitsgründen, der Einladung entzogen. General Kornilow, der die Verbandsredner bezeichnenderweise mit „Genossen Kornilow“ ansprach, hatte versucht, die Entsendung von Verbandsdelegierten an die Front durch allerlei Erwägungen und Ausflüchte zu verzögern, wobei er schließlich darauf hinwies, daß ein derartiger Schritt nur mit Genehmigung der provisorischen Regierung oder doch wenigstens des Kriegsministers Gutschkow erfolgen könnte. Da schallten aber die Rufe entgegen: „Wir sind selbst Regierung!“ „Bourgeois Gutschkow“ ist nicht unser Kriegsminister!“ und zweifelhafte leidenschaftliche Debatte ging man ohne Ergebnis auseinander; Kornilow erklärte, er werde die Verbandsforderung der höchsten Instanz unterbreiten, während der Soldatenverband seinerseits die Erklärung abgab, er werde, wenn nach Stunden keine Zusage der Zentralregierung erfolge, Delegierte auch ohne dieses nach allen Truppenteilen der Nordwestfront absenden.

Bevorstehende Verhaftung des Großfürsten Nikolai. Die provisorische Regierung hatte in Übereinstimmung mit den Eggaren des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch einen mit dem Oberbefehl betrauten wollen, falls er sich der neuen Staatsordnung unterwerfe. Wenn der Großfürst nicht seine Abreise nach Petersburg antrat, so geschah dies

wohl deshalb, weil er durch seine Petersburger Vertrauensmänner mittlerweile erfährt, die neue Regierung habe mit den Forderungen der sozialistischen Nebenregierung zu rechnen, und daß diese seine Ernennung nachdrücklich bekämpfe. Am 19. erhielt der Großfürst von der neuen Regierung eine telegraphische Einladung nach Petersburg, und er schloß wahrscheinlich daraus, daß die Dumaregierung bezüglich seiner Ernennung mit der Nebenregierung der Soldaten und des Arbeiterverbandes zu einem Einverständnis gekommen sei. In Wirklichkeit aber war dies eine Falle, um den Großfürsten nach Petersburg zu locken und ihn dort unschädlich zu machen: Der Soldatenverband hatte eben auch diesmal über die Dumaregierung den Sieg davongetragen. Die Verhaftung des Großfürsten dürfte unmittelbar bevorstehen.

Die Fahrkarte des Großfürsten. Als der Großfürst Michael Alexandrowitsch diese Tage von Gatschina nach Petersburg abreisen wollte, erhielt er, wie das Moskauer Blatt „Ruskoje Slovo“ mittelt, vom Arbeiterausschuß, den er um freies Geleit gebeten hatte, folgende Antwort: „Wie jeder andere russische Bürger hat auch Mitbürger Michael Romanow nicht den geringsten Anspruch auf irgendwelche Vorrechte wie Sonderzug oder Sonderwagen, weshalb er nach eigenem Gutbefinden am Schalter eine Eisenbahnkarte lösen kann. Die Arbeitervertreter werden ihm dann ungehinderte Reise nach Petersburg zusichern.“

In der Nahrungsmittelfrage spielt die neue Regierung va banque. Die russischen amtlichen Meldungen über gewaltige Mehtransporte nach Petersburg und Moskau sind direkt lägerisch. Denn trotz allen Anstrengungen haben die Eisenbahnen in der allerjüngsten Zeit täglich nur durchschnittlich 60 Waggons Getreide und Mehl nach Petersburg und etwa 40 Waggons nach Moskau transportieren können. Um nicht neue Brotkrawalle hervorzurufen, hat sich die Regierung genötigt gesehen, die in Petersburg und Moskau befindlichen Intendanturen und Reservemagazine fast völlig zu leeren und die Bestände der Volksbevölkerung zur Verfügung zu stellen — geradezu ein Verzweiflungssatz, denn wenn der Eisenbahnverkehr aus irgendwelchen Gründen für einige Tage versagen sollte, ist Petersburg völlig dem Hunger ausgeliefert.

Eine neue Handelspolitik Englands wird im Londoner Unterhause vorgeschlagen werden, die auf den Handel Hollands und anderer neutraler Länder eine sehr starke Einwirkung haben kann. Ein dem Unterhause zugewandener Antrag fordert als Vergeltungsmaßnahme gegen den Unterseebootskrieg, daß keine überseeischen Vorräte des Gebiet Deutschlands und seiner Bundesgenossen verlassen oder dorthin gelangen dürfen. In dem Antrag wird verlangt, daß die Vorräte für die neutralen Länder in Europa so rationiert werden müssen, daß der Handel mit Deutschland und seinen Verbündeten in allen in den künftigen Verordnungen genannten Artikeln vollständig unmöglich gemacht wird. Derselbe Gegenstand wird auch im Oberhause zur Sprache kommen. Dort wird beantragt werden, daß ein Ausschuß zur Untersuchung des dänischen und des niederländischen Handels eingesetzt werde.

Der Seekrieg.

Amerikas Rüstungen. Präsident Wilson gab die Ermächtigung zur Rekrutierung für das Marinecorps, um es auf die Kriegsstärke von 17 400 Mann zu bringen. Nach „Reuter“ sind abgesehen von den bereits gemeldeten vierzehn Regimentern noch 20 andere Regimenter aufgerufen worden. Außerdem fünf Bataillone Nationalgarde für den Schutz des Eigentums für den Fall innerer Unruhen. Die Truppen werden aus 18 Staaten genommen, hauptsächlich aus dem Westen.

Auslieferung der „Appam“ an England. Nach einer Reuter-Meldung befahl der oberste Gerichtshof in Washington die sofortige Zurückgabe der „Appam“ an ihren englischen Besitzer. Die „Appam“ war von der jetzt wieder glücklich zurückgekehrten „Möwe“ auf ihrer ersten Deutsfahrt aufgebracht und mit einer Brillenmannschaft nach dem amerikanischen Hafen Hampton Roads geschickt worden. Das amerikanische oberste Gericht hat aber trotzdem auf englischen Antrag der „Appam“ den Charakter der Prise aberkannt. Die Anordnung der Übergabe an die Engländer ist die Folge dieser Entscheidung. Amerika vertrat den Standpunkt, daß eine gültige Prise durch Geleitschiffe eingebracht werden müsse. Deutscherseits wurde ausführlich und unwiderleglich nachgewiesen, daß es sich um eine gültige Prise handle. Durch die jetzige Entscheidung hat das oberste Gericht Amerikas zweifellos eine Verletzung der (zur Zeit der „Appam“-Einbringung noch bestehenden) Neutralität begangen.

Die unruhige Flotte Frankreichs. Gleich der englischen hat auch die französische Flotte in diesem Kriege eine sehr wenig beneidenswerte Rolle gespielt. Ihr Haupttätigkeitsgebiet war nach dem schon vor dem Kriege mit England getroffenen geheimen Abmachungen das Mittelmeer, während sie den Schutz der atlantischen und kanalküste dem britischen Verbänden überließ. Nach der vergeblichen Jagd auf unsere „Goeben“ und „Breslau“ hörten wir zuerst von einem gleich erfolglosen Artillerieangriff der französischen Flotte gegen den österreichischen Kriegshafen Gattaro. Später beteiligte sie sich an dem militärischen Angriffen gegen die Dardanellen von der Seeseite und teilte sich mit England in das klägliche Fiasko des Salonikabombardements. Außer im Egeen, wo der kommandierende französische Admiral die mehrfachen Griechen in brutaler Weise zur Unterwerfung unter die Bedingungen der Entente zwang, hat die französische Flotte seit August 1914 nicht einen einzigen militärischen Erfolg zu buchen gehabt, dagegen, wie Kapitän zur See a. D. Postau in der „Lokal. Rundsch.“ ausführt, eine ganze Reihe wertvoller Schiffe verloren, nämlich nicht weniger als 4 Linienchiffe, 2 Panzerkreuzer und zwei Duzend Zerstörer, 10 U-Boote, 7 große Hilfskreuzer und eine größere Zahl von Wach- und Patrouillenschiffen, im ganzen rund 85 000 Mannschaften. Besonders bemerkenswert ist, daß das jetzt versenkte Linienchiff das dritte ist, das seit Ende November 1913, also in noch nicht vier Monaten, durch unsere U-Boote vernichtet wurde. Sein Untergang beweist auf neue, daß auch die größten Kriegsschiffe weder durch die eigenen Geschütze noch durch Begleitschiffe noch durch Raufen von Zirkadars gegen unsere U-Boote gesichert sind. Erst recht gilt dies natürlich für die viel schwächer bewaffneten und langsameren Transportschiffe. Wir können es den Franzosen deshalb durchaus nachempfinden, wenn der jüngste Verlust eines Schiffes von 15 000 T. ihr Mißbehagen an der Salonik-Expedition, aber die in letzter Zeit im Parlament in immer schärferen Ausdrücken hergezogen wurde, noch gewaltig steigert.

Die feindlichen Kriegsschiffeverluste. Mit der Vernichtung des französischen Linienchiffes der „Danton“-Klasse haben sich die Verluste unserer Feinde an Kriegsschiffen (ausschließlich Hilfskreuzer und Hilfschiffe) auf rund 850 000 Tonnen Wasserverdrängung erhöht. Das ist so viel Kriegsschiffentonnage, wie Rußland und Japan zusammen genommen zu Beginn des Krieges besaßen oder nur 60 000 Tonnen weniger als der Tonnagegehalt der Flotte der Vereinigten Staaten, der drittgrößten der Welt, zu Anfang des Krieges.

Gewerbebetrieb und Hilfsdienst.

Nachdem die Einberufungen der Dienstpflichtigen im vaterländischen Hilfsdienst begonnen haben, sind von zahlreichen Gewerbebetrieben Eingaben erfolgt, sie im Sinne des § 2 des Hilfsdienstgesetzes als vaterländischen Hilfsdienst zu bezeichnen. In dem genannten Gesetze sind bereits unter § 5 Nummer 1—10 diejenigen Berufe und Betriebe namhaft gemacht, die als Hilfsdienst zu gelten haben, und deren Angehörige von der Anmeldung und Registrierung befreit sind. Aber diese Berufe hinaus können noch einzelne Betriebe durch besondere Einseitigkeit, aber ohne daß sie ein Anrecht darauf hätten, für kriegswichtig nach § 2 des Gesetzes bezeichnet werden. Diese Entscheidung steht bei dem zu diesem Zweck gebildeten Ausschüssen der stellvertretenden Generalkommandos und betrifft nicht nur die Betriebe, sondern auch die in denselben beschäftigten Personen, um festzustellen, ob deren Zahl das Bedürfnis nicht übersteigt. Übersteigt die Zahl der Betriebe das Bedürfnis, so können sie stillgelegt werden.

Es ist zu beachten, daß die Entscheidung über die Kriegswichtigkeit eines im Gesetze selbst nicht aufgeführten Berufes oder Betriebes einzig und allein den Ausschüssen bei den stellvertretenden Generalkommandos obliegt und andere Stellen dafür nicht in Betracht kommen. Ein Ausschluß der Bedeutung als kriegswichtiger Betrieb besteht an sich nicht, nur ist sie von den maßgebenden Stellen gutzuheißen. Als solche Berufe und Betriebe sind im Reichstage schon Zeitungen, Expeditionsbüros, Bankgeschäfte usw. bezeichnet worden. Der Staatssekretär Heiserich hat in der Volksvertretung auch schon gesagt, daß dem vorhandenen Bedürfnis tunlichst entsprochen werden soll. Die größten Ansprüche hat heute das Vaterland, und um seineinwillen müssen auch etwaige unvermeidliche Härten ertragen werden.

Frühjahr 1917.

Die Zeitung im Frühling.

Die deutsche Zeitung wird im jetzt begonnenen Frühling 1917 vom Feldmarschall von Hindenburg zur Höhe der Darstellung der Zeitereignisse geführt werden. Das ist der große Chefredakteur, der auch in der Technik ein Meister ist, wie das „Umbrechen“ der Westfront zwischen Arras und Royon beweist. Der läßt keine Rüdenbücher und gestattet kein Ablegen des Sazes, wenn er es nicht für gut befindet. Er zeigt dem Gegner die Tafsache, und aus demilde, welches die Zeitung dann wiedergibt, mag der Feind sich einen Bers auf das machen, was kommen soll. Dieser große Mann ist nicht zu betreten, weder durch Offensive im Westen, noch durch Revolution im Osten oder umgekehrt.

Unter einem solchen Mitarbeiter kann es der deutschen Presse nicht an Lesern fehlen, und ihre Zahl soll zum neuen April-Quartal noch zunehmen. Alle, die im vaterländischen Hilfsdienst, in Stadt und Land tätig sind, haben nach vollbrachter Tätigkeit eine Stunde der Erholung bei allem Neuen und Schönen, das der Tag bringt. Kriegsbericht und Heimbericht wechseln ab, in der Front wird, wie Tausende erwarten, bald das entscheidende Wort gesprochen, in Steuersachen wird vorläufig eine neue Begeisterung überwunden. Sie werden vielen schwer, denn die Kriegseinnahmen sind nicht überall gleich, aber alle wollen wir sie tragen, weil wir sie tragen müssen. Ist die Zeitung ein getreuer Rufer im Aushalten, so ist sie auch ein Ratgeber in allen praktischen Lebensangelegenheiten. Niemals war sie dem deutschen Volke nötiger und dem Vaterlande dienlicher. So soll es auch bleiben. Es erübrigt noch ein Antwort an die Leser für die Rücksicht bei der durch die Verkehrserschwerungen herbeigeführten Verzögerung. Erfreulicherweise haben Post und Eisenbahnen das schwerste schon überwunden, und der Normalzustand wird bald wieder Regel sein.

Die tragbare Mode. Die Mode ist wieder einmal etwas tragbar, so daß es ihr nicht schaden könnte, zum Hilfsdienst aufgerufen zu werden, denn auch ein Arbeitstag auf dem Kartoffelfeld ist mit Poesie umgeben, weil hoch die Beie durch den gestifteten Magen geht. Aber wir wollen nicht ungerecht sein, eigentlich ist nicht Frau Mode tragbar, sondern die, welche ihr Habit gemacht haben und tragen. Das weite Kleid ist ein Gegner der Aufforderung zur Sparamkeit in der Stoffverwendung und ein Feind der Bezugsscheine knappen Mages. Mit den weiten, d. h. unnötig weiten Kleidern kann dem Feldbau nicht aufgeholfen werden, also dürfte ein Sich-Bescheiden ungefragt eintreten können. — Auch über die wieder recht dreist gewordenen Hutnadeln wird geklagt. In überfüllten Eisenbahn- und Straßenbahnwagen kann sie Schaden anrichten und ist für jeden, der damit bedroht ist, recht unheimlich. Es ist recht gut, wenn aber das Ungemach des Tages kaltblütig fortgegangen wird, aber darum kann die Rücksicht auf unsere Mitmenschen bestehen bleiben, wir wollen sie nicht verwunden, weder mit Hutnadeln, noch mit Rungenstippen.

Schmerzleiden vom Tage.

Die Reise der „Möwe“. Die „Möwe“ durch die Wellen fliegt. — Sie fisch! im Ozean. — Sent! in den tiefsten Meeresgrund. — So monchen Britenlaha. — Von ihren Taten geht die Mär. — Schnell hin zum Themestrang. — Doch wohn auch die „Möwe“ flog. — Das blieb dort unbekannt. — Gewiß, das Rätsel war nicht leicht. — Drum löst man es nicht auf. — Wie sich auch drob der Kopf zerbricht. — All-Englands Schnäpser-Haus. — Doch noch viel schwerer gibt's Beiseid. — Die Frage bleibt bestehen. — Deshalb löst seine Meisenflot! — Lloyd George noch nicht sehn? — Es rächte sich der „Hungerkrieg“. — Die „Möwe“ fliegt so leicht; — John Bull bekam das Zipperlein. — Daß er die Segel streicht.

Georg Vausan.

Bekanntmachung.

Am 1. April 1917 treten die nachstehenden Bekanntmachungen und Nachtragsbekanntmachungen in Kraft:

1. Bekanntmachung Nr. W. II. 2700/2. 17. KRA. betr.: Beschlagnahme baumwollener Spinnstoffe und Garne (Spinn- und Webverbot).
2. Bekanntmachung Nr. G. 1023/2. 17. KRA. betr.: Höchstpreise für Naturrohr (Glasrohr) und Weiden.
3. Bekanntmachung Nr. W. IV. 2000/2. 17. KRA. betr.: Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kunstwolle und Kunstbaumwolle aller Art.
4. Bekanntmachung Nr. W. IV. 2500/2. 17. KRA. betr.: Höchstpreise für Kunstwolle aller Art.
5. Nachtragsbekanntmachung Nr. L. 888/3. 17. KRA. betr.: Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder.

Der genaue Wortlaut dieser 5 Bekanntmachungen, deren Einzelbestimmungen für jeden durch sie Betroffenen von Wichtigkeit sind, wird in der üblichen Weise durch Anschlag und Abdruck in den amtlichen Tageszeitungen veröffentlicht und kann bei den Landratsämtern, Bürgermeister-Ämtern und Polizeibehörden eingesehen werden.

Coblenz, den 1. April 1917.

Kommandantur der Festung
Coblenz-Ehrenbreitstein.

Abt. Ia 1 Nr. 4715/4734/4902
4903/4910/3. 17.

Haarschmuck.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in modernen durchbrochenen

Spangen-, Pier- und Seitentämmen

in allen Farben zu den

billigsten Tagespreisen. Außerdem mache ich sämtliche Reparaturen an Spangen, welche bei mir gekauft sind, zu billigen Preisen.

Ferner bringe ich mein reichhaltiges Lager in

modernen Damen-Taschen

in empfehlender Erinnerung, auch sehr geeignet für

Kommunion-Geschenke

und verkaufe zu wirklich namend billigen Preisen.

Parfümerie, Seifen, Haarschmuck- und Lederwaren-Geschäft. Telefon 744.

Jos. Boncelet Wwe.

Coblenz, nur Jesuitengasse 4.

Bekanntmachung.

Am 2. Juni 1917, Nachmittags 2 Uhr sollen an Gerichtsstelle die in Höhr beliegenden, den Eheleuten Kaufmann Jakob Karl Dümmler und Josefina geb. Kofklopf daselbst gehörigen Grundstücke Flur 1 Parzelle $\frac{78}{16}$ und $\frac{56}{17}$ (2 Wohnhäuser, Kirchstraße 4)

öffentlich zwangsweise versteigert werden.

Grenzhausen, den 30. März 1917.

Königliches Amtsgericht
Höhr-Grenzhausen.

Holzverkauf.

Die Gemeinde Nauort verkauft

am Donnerstag, den 5. April,

nachmittags 1½ Uhr anfangend, in den

Distrikten Buchholz und Gilsgrund

2 Eichen, 1,32 Festmtr.,

7 Nadelholzstämme, 2,9 „

674 Rmr. Buchen-Scheit u. Knüppel,

3300 Buchen Wellen.

Nauort, den 31. März 1917.

Der Bürgermeister.

Altmann.

Holzversteigerung.

Mittwoch, den 11. April 1917,

vormittags 10 Uhr anfangend,

werden im hiesigen Gemeindevall

Distrikt Althehang 13

625 Raummeter Buchen-Scheit und Knüppelholz

öffentlich, meistbietend versteigert.

Hörsbach, den 2. April 1917.

Der Bürgermeister:

Kunz.

Zeichnungen

auf die

6. Kriegsanleihe

nimmt kostenlos entgegen

Credit- u. Vorverkauf-Verein zu Höhr

e. G. m. u. H.

Dr. Zimmermann'sche

Handelsschule

Coblenz

Handels- und
höhere Handels-
fachklassen

für beide Geschlechter.

Beginn des neuen
Schuljahres:

24. April 1917.

Näheres durch Prospekt.

Ein

Junge

für leichte Arbeit gesucht.

Peter Jos. Höfer,

Gartenstraße.

Ein kleines

Hündchen

(Rehviñtscher)

zugelassen.

Die Abgabe erfolgt im

„Vogelfang“.

Kleines

Wohnhaus,

(Winterhaus),

mit 4 Räumen, elektr. Licht,
eventl. mit Stallung und
etw. Garten zu vermieten.
Zu erfragen in der Exped.
d. Blattes.

Einen guten

Kartoffelacker

hinten auf der Heide 63 Ruth-
groß, hat zu verkaufen

Walter Klein,
Grenzhausen.

Ein

Rannenbäderlehrling

für sofort gesucht.

Zu erfragen in der Exped.
d. Blattes.

Mehrere neu herge-
richtete Wohnungen

mit reichl. Zubehör, (Keller,
Speicher, Hofraum, Waschküche,
Vleischplatz, Trockenraum, Gar-
ten) an saubere, pünktlich
zahlende Mieter sofort zu ver-
mieten. Näheres bei J. R.
Bischoff, Emser-Straße.



Der Krieg ist eine heilige Sache!

In richtiger Erkenntnis mahnt der Geistliche
seine Gemeinde an die Zeichnungs-Pflicht!

Könntest Du es verantworten, eine
solche Mahnung unbeachtet zu lassen?

Wenn je eine Sache uns heilig war, wenn je ein opfervoller Krieg geführt wurde um hehre, große, jedem Deutschen in seinem innersten Denken und Fühlen berührende Ziele, so ist es dieser Krieg. Ihn zu gutem, unsere Zukunft sicherndem Ziele zu Ende zu führen, ist für Jeden oberste Pflicht, nicht nur gegen sein Vaterland, sondern auch gegen seinen Gott. Die erfolgreichste Waffe, die Bürger und Bauer, Arbeiter und Unternehmer, Angestellter wie Vorgesetzter, Mann und Frau, Jüngling und Jungfrau in der Heimat in der Hand haben, das heilige Ziel dieses Krieges zu sichern, ist die möglichst einmütige Beteiligung aller Volksschichten an der Kriegs-Anleihe. Mit ihr wollen wir den Willen bekunden, daß wir auch den letzten Pfennig daransetzen, daß kein materielles Opfer uns zu groß ist, wenn es gilt, das Höchste zu erhalten und zu verteidigen was wir haben: die Heimat, das Vaterland. Ihn wollen wir weihen, was wir an irdischen Gütern zu vergeben haben, auf seinen Altar wollen wir alle Spargroschen, Kleines auf Kleines zusammenlegen, auf daß es ein Vieles gebe und einen weiteren, starken Baustein bilde in der neuen Kriegs-Anleihe, die wir als starken, unüberwindlichen Damm gegen die Vernichtungswut der Feinde errichten wollen. Keiner bleibe zurück, keiner denke, auf meinen Baustein kommt es nicht an, wo so Viele Steine zusammentragen. Nein, gerade

auf Deinen Baustein kommt es an!

so mußt Du denken, Dein Baustein könnte eine Lücke bilden im großen Bau, und wenn viele solcher Lücken entstünden, wenn viele nachlässig ihre Pflicht vergäßen, so könnte das große Werk an Festigkeit einbüßen, der deutsche Damm, der gegen feindlichen Anprall neuerdings errichtet werden soll mit der Kriegs-Anleihe, er könnte unvollständig und brüchig werden. Wo es sich um Heiliges handelt, muß jeder sein Gewissen schärfen und muß vor sich, seinen Angehörigen, seinem Lande und seiner Heimat bestehen können: „Ich habe meine Pflicht getan! Ich habe zur Kriegs-Anleihe und damit dem Vaterlande gegeben, was in meinen Kräften stand!“

(Kundgebung des Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger.)